

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 271.

Donnerstag, den 19. November 1908.

15. Jahrg.

Sonntag vormittag 11 Uhr im „Vereinshaus“

Protest-Versammlung

gegen das

persönliche Regiment und die gesamten neuen Reichssteuern.

Referent: Reichstagsabgeordneter G. Ledebour-Berlin.

Arbeiter, Parteigenossen! Agitiert für einen Massenbesuch!

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Das Ende der Komödie.

Der „Reichsanzeiger“ meldete am Dienstag: In der heutigen Audienz schilderte Fürst Bülow die Stimmung des Volkes anlässlich der Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ und erläuterte seine Haltung in den Debatten des Reichstages. Der Kaiser nahm die Erklärungen mit großem Ernst entgegen und gab seinen Willen dahin kund, unbetört durch die als Unge rechtigkeit empfundenen Abertreibungen, erblicke er seine vornehmste Aufgabe in der Sicherung der Stetigkeit der Reichspolitik unter der Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten. Der Kaiser billigte die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten Bülow seines fortwährenden Vertrauens.

Die Erläuterung bedarf sehr eines Kommentars. Was versteht Wilhelm II. unter der „Stetigkeit der Reichspolitik“? Seit Beginn seiner Regierungszeit war die Reichspolitik durch nichts weniger ausgezeichnet als durch Stetigkeit. Wie ist es ferner mit der „Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten“? Soll das heißen, daß in Zukunft der Kanzler das, was er verantworten muß, auch vorher kennen lernen soll, oder bedeutet es, daß wie bisher der Kanzler die Verantwortung tragen müsse für alle politischen Akte seines Herrn, ob er sie billigen mag oder nicht, ob er sie kennt oder nicht.

Wie es scheint, denkt man „oben“, mit der Aussprache zwischen Bülow und Wilhelm sei die Krise erledigt und man könne nun die „unangenehme Geschichte“ als erledigt betrachten. Mit Verlaub — die Sache ist durchaus nicht erledigt, wenn Kanzler und Kaiser sich 1 1/2 Stunden unterhalten haben. Bülow mag den Wunsch haben, daß man von dem ungelesenen Manuskript nicht mehr spricht, und Wilhelm II. mag es für unangebracht halten, daß ferner noch seine Art, Politik zu treiben, erörtert wird. Für das Reich aber bleibt die Frage des persönlichen Regiments bestehen, bleibt vor allem die Forderung bestehen, daß Garantien gegen die gefährliche Methode der Telegramme, Briefe und Interview-Politik geschaffen werden. Das verlangen sogar die allzeit bescheidenen Nationalliberalen. In der „Köln. Ztg.“ war vor der Potsdamer Aussprache zu lesen:

„Voreilig ist es aber auch, wenn von einigen Seiten die Lage schon so dargestellt wird, als ob alles schon in bester Ordnung sei. Man darf wohl annehmen, daß der Kaiser gegen die Erklärungen, die Fürst Bülow im Reichstage gemacht hat, keine Einwände erheben wird; aber mit einem solchen schweigen den Hinübergleiten über die große Tagesfrage kann sie nicht wohl erledigt werden. Wenn Fürst Bülow nach der Unterredung mit dem Kaiser vor den Reichstag treten und nicht mehr tun könnte, als seine letzte Rede in ihren wesentlichen Punkten wiederholen, so dürfte er damit die bestehende Mißstimmung nicht beseitigen, und er würde nicht mehr die nötige Autorität besitzen, um an der Spitze der Geschäfte bleiben zu können. Hierüber kann Fürst Bülow keinen Augenblick im Zweifel sein, und er muß wissen, daß, wenn er nicht mehr bringt, seine Rolle ausgespielt ist und er zurücktreten muß. Was der Reichstag und was das Volk von ihm verlangen, das ist eine autorisierte Erklärung, die, soweit es bei Versicherungen und Erklärungen möglich ist, die Bürgschaft dafür gibt, daß gewisse

Erscheinungen der persönlichen Regierung sich in Zukunft nicht wiederholen werden. Für solche Erklärungen eine Form zu finden, die sowohl die berechtigten Wünsche des Volkes befriedigt als auch die ebenso berechtigten Empfindungen des Kaisers schon, ist Sache des Kanzlers, von dessen bewährtem Takt man erwarten darf, daß diese recht schwierige Aufgabe nicht über seine Kraft geht. Gelingt es ihm nicht, sich über eine Formel mit dem Kaiser zu verständigen, so muß Fürst Bülow gehen, denn wir halten es für ausgeschlossen, daß er weiterhin Kanzler bleiben wird, wenn er mit leeren Händen vor den Reichstag treten müßte. Die Frage des persönlichen Regiments muß eine Lösung in diesem oder jenem Sinne finden, und die Aussprache des Kaisers mit dem Kanzler darf nicht ausfallen wie das Hornberger Schießen.“ Nun hat aber, wie die Publikation des „Reichsanzeigers“ zeigt, die Aussprache ein erkennbares Resultat nicht gehabt, scheint also so verlaufen zu sein, wie das sprichwörtliche Hornberger Schießen.

Das haben wir übrigens erwartet. Wie sollte auch Wilhelm II., der fest an seine Ausnahmestellung von Gottesgnaden glaubt, der dazu von Jugend auf durch sprichwörtliche Byzantiner wie ein Weltgenie gefeiert worden ist, zu der Ansicht kommen, er habe Fehler gemacht und eigne sich überhaupt nicht zur Leitung der Politik? Sind doch heute schon wieder die Schmeichler bemüht, Wilhelm II. glauben zu machen, in der inneren Politik könne er die Lorbeeren ernten, die ihm in der äußeren verjagt geblieben sind. Die Erfahrungen, die Wilhelm II. bisher gemacht hat, wenn er sich um die inneren Angelegenheiten des Reichs persönlich bemühte, sind allerdings weder für ihn noch für das Volk erfreulich. Als er auf den Thron gelangte, war sein lebhaftester Wunsch, die Arbeiterfrage zu lösen; in seinem bekannten Optimismus verkündete er, mit der Sozialdemokratie werde er allein schon fertig werden. Bekanntlich kam es anders! Nachher entschloß sich der Kaiser, die Sozialdemokratie gefehlich zu bekämpfen. In mehr als einer Rede rief er aus: „Wenn unser Volk sich doch ermannete!“ Aber auch diese Bestrebungen waren erfolglos, das Umsturzgesetz und nachher das „Zucht- und Strafgesetz“ fiel. Ebenso wenig Erfolg war dem Kampf gegen die Polen beschieden, den der Kaiser mit seiner bekannten Thronrede einleitete. Am meisten soll es ihn aber gekränkt haben, daß es ihm nicht gelang, den Mittelkanal gefehlich festzulegen, obgleich er in einer Rede zu Dortmund sein Wort für den Bau desselben versprochen hatte. Und die Liste der Fehlschläge ließe sich bedeutend verlängern.

Wenn sich Wilhelm II. weder in der äußeren noch in der inneren Politik nach seinen eigenen Einfällen betätigte, das wäre das Beste — so lange das Reich eine monarchische Spitze hat. Aber das schlimmste wäre, wenn aus der gegenwärtigen Krise nichts anderes herauskäme, als die Übereinstimmung zwischen Kaiser und Kanzler, es beim Alten zu lassen.

Die Mittwoch-Morgenblätter Berlins besprechen alle in Leitartikeln die Erklärung des „Reichsanzeigers“ und das damit gegebene vorläufige Ende der Kaiser- und Kanzlerkrise. — Nachstehend geben wir einige dieser Urteile.

Der „Vorwärts“:

Als Hausmeier hat Bülow gesiegt. Stand am Beginn der Regierung Wilhelm II. der Kampf des Kaisers gegen die absolute Gewalt Bismarcks, der mit der Niederlage des Kanzlers endete, so ist jetzt die Macht des Kanzlers gegen die Kaisergewalt siegreich geblieben. Das ist der Kreislauf, in dem sich die Kämpfe um die Regierungsgewalt in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren abgepielt haben. Aber bei all diesen Kämpfen stand der deutsche Reichstag abseits, war er nur der müßig zuschauende Chor, der die Saiten der Handhaben mit seinen Neben begleitet. Er selbst

aber war stets ausgeschaltet und soll, wenn es nach dem Fürsten Bülow geht, auch weiter zu seiner passiven Rolle verurteilt bleiben. Die Kanzlerkrise mag für den Moment beendet sein, wenn wir auch glauben, daß Bülow sich seines Sieges nicht lange freuen wird. Für uns aber handelt es sich um die Verfassungskrise, um die Bekämpfung der Selbstbestimmung des Volkes gegen den Kanzler und gegen den Kaiser. Es ist eine Krise, die nicht gelöst wird von oben, sondern nur gelöst werden kann von unten, von dem Volke selbst und seiner Tat.

„Berliner Tageblatt“: Man müsse dem Kaiser zugestehen, daß er sich bis zu einem gewissen Grade den politischen Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage gefügt hat. Aber die Form, die er gewählt hat, zeigt, daß er sich nur sehr widerwillig der momentanen Notwendigkeit gebeugt und daß er von seinem prinzipiellen Standpunkt nicht das mindeste aufgegeben hat. Das erhebliche Unbehagen, das auch nach der Erklärung des „Reichsanzeigers“ noch bestehen bleibt, wird nicht nur durch diese Form erzeugt, sondern auch durch den unzureichenden Inhalt der Willensfundgebung des Kaisers. Es bedürfte der Interpretation, wie die Stetigkeit gemeint sei; eine reformfeindliche Politik wäre nicht umstände, die Mißstimmung zu bannen: Es muß endlich einmal Ernst mit der Wahlreform in Preußen gemacht werden, es müssen auch die konstitutionellen Garantien gegeben werden, ohne die alle Hoffnungen und Erwartungen auf eine bessere Zukunft auf Sand gebaut sind. . . . Reizt ist im Volke allgemein die Notwendigkeit erkannt, die Verfassung durch die für die Ausschaltung der persönlichen Politik nötigen Garantien auszugestalten. Dieser Augenblick darf nicht verpasst werden. Die Erklärung des „Reichsanzeigers“ ändert an einer derartigen politischen Notwendigkeit nicht das geringste. Das Ziel dieser Garantien muß, um es kurz zu sagen, sein, dem Reichstage die Möglichkeit zu geben, bei der Ernennung und Beseitigung des verantwortlichen Reichskanzlers, oder noch besser, eines verantwortlichen Reichsministeriums, mitzureden und schuldige Minister für ihre Verfehlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die „Berliner Volkszeitung“ erhebt dieselben Forderungen wie das „Berliner Tageblatt“ und schließt ihren Artikel: „So lange diese Lücke in der deutschen Verfassung besteht, und so lange die zur Ausführung dieser Lücke in den letzten Tagen eingebrachten Anträge nicht Gesetz geworden sind, so lange muß auf die Frage: Was ist für das Deutsche Reich und sein Verfassungsleben am 17. November 1908 in Potsdam gewonnen worden, die kühle und nüchterne Antwort lauten: Nichts!“

Die „Freisinnige Zeitung“: „Mit dieser kaiserlichen Zurückhaltung allein ist es aber nicht getan. Mehr oder minder deutlich wurde von den Rednern aller Parteien, abgesehen von der äußersten Rechten, bei der Interpellationsdebatte die Erwartung ausgesprochen, daß auch sachliche Garantien gegen die Fortdauer eines persönlichen Regiments und unverantwortlicher Einflüsse geschaffen werden müssen. Ob der Reichskanzler hierüber mit dem Kaiser verhandelt und irgend ein positives Ergebnis erzielt hat, geht aus der amtlichen Kundgebung nicht hervor. Jedenfalls hat der Reichskanzler, indem er von dem Kaiser das Versprechen größerer persönlicher Reserve erhielt, erst einen Teil der Aufgabe gelöst, die das Reich von ihm erheischt.“

„Bassermann schreibt im „Tag“: „Das Fazit des gestrigen Tages ist, daß die Patrioten nach schweren Stunden aufatmen und nunmehr eine Zeit fester und geräuschloser Politik erhoffen und erwarten. Daß zu diesem Ergebnis der Kaiser gekommen, werden viele deutsche Herzen ihm heute danken.“

„Börsezeitung“: „Fürst Bülow hat eine hohe Pflicht auch dem Kaiser gegenüber durch rückhaltlose Offenheit erfüllt und hat sich den Dank des Monarchen wie den des Volkes verdient. Aber auch Kaiser Wilhelm hat sich als der edle Monarch gezeigt, der bereit ist, sich selbst zu bezwingen, um dadurch dem Wohle des Staates zu dienen.“

Die „Post“: „Die Lösung der Krise, welche wir im gestrigen Abendblatte melden konnten, darf unter allen Gesichtspunkten als höchst erfreulich bezeichnet werden. . . . Das deutsche Volk darf daher wieder mit vollem Vertrauen in

die Zukunft blicken. Der Kaiser wird seiner Zusicherung ein- geben bleiben, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten sichern zu wollen, und zwar auch außerhalb des Rahmens der Staatsakte im engeren Sinne. Das Blatt erwartet schließlich, daß jene Geister, welche in einigen evangelisch- kirchlichen Blättern gegen den Kanzler mobil zu machen suchten, jetzt rasch zurückgegriffen werden."

Ganz anders hält das Echo aus dem Blatt der rhein- ländischen Großindustrie, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung: Sie schreibt: "Die kaiserliche Antwort stellt sich demnach als eine sehr offene Passage dar an den Willen des Volkes, des Reichstages und des Bundesrates. Der Kaiser will sich mit diesen Faktoren nicht verdingen, sondern den Kampf gegen sie aufnehmen. Der Verhinderung ist nun hingeworfen, er muß blutenden Herzens auf- genommen werden. Denn es handelt sich um unsere wirt- schaftlichen Interessen, um unser Ansehen in der Welt und um unsere Ehre. Wird der Kampf weitergeführt, dann wird die Frage praktisch werden, über die kein Politiker zweifelhaft sein kann: Was steht höher, der augenblickliche Träger der Krone oder die Herrscherfamilie, die Herrscher- familie oder die Verfassungsreform, die Verfassungs- reform oder das Volkstum? Wir gehen schweren Zeiten entgegen, furchtbare Wirren stehen uns bevor, aber das Volk darf diesen Kampf nicht scheuen, wenn es endlich aus der jetzigen unerträglichen Lage herauskommen will. Wir erwarten vom Reichstag mit Be- stimmtheit, daß er sofort den Kampf aufnimmt und ihn mit allen verfassungsmäßigen Mitteln bis zum siegreichen Ende durchführt."

Kreuzzeitung: Der Kaiser hat die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstag gebilligt und damit auch diejenigen, die sich auf die notwendige Verhütung ähnlicher Vorgänge für die Zukunft bezogen. Mit besonderer Ge- nugung werden es alle Konservativen empfinden, daß diese Billigung in einer Form erfolgt ist, die dem kaiserlichen Ansehen keinen Abbruch tut. Schließlich unterstützt das Blatt den Kaiser in der Abwehr der sogenannten über- treibungen und gibt vor, sich zu freuen, daß Bülow bleibt. Tägliche Rundschau: Wir wollen an dem Kaiserwort nicht drehen und nicht deuteln, sondern ihm rück- haltlos vertrauen; aber wir dürfen auch nicht glauben, daß das eine Wort nun alle Unruhe, Angst und Sorge bannen könnte. Dazu haben die Ergebnisse der letzten Wochen, ins- besondere die der ungeliebten Donaueschinger Woche, zu stark an die Herzen des deutschen Volkes gegriffen, es zu lärmlich aus seiner Ruhe aufgeschreckt. Die Sorge ist nach geworden im deutschen Lande und wird sich nur zur Ruhe geben, wenn die Führung der Reichsregierung wirklich auf neue Grundlagen gestellt und wir wirklich hinfür die stille, tapfere und zielbewusste Politik verspüren, die wir er- sehen. Jede Abweichung wird hinfür eine zehnfach stärkere Kritik erleben, als bisher, jede Schwankung und Willkür die Reihen jener stärken, die zum parlamentarischen Regiment hinüberstreben. Von dem unermesslichen Kapitale an unbe- dingtem hingebendem Vertrauen und blinder Treue zur Krone, das Wilhelm I. und Bismarck hinterlassen, ist erschrecklich viel verschwunden."

Die Deutsche Tageszeitung ist voll auf zu- frieden mit dem Verlauf der Angelegenheit: Germania: Wir haben allen Grund, dem Kaiser dankbar zu sein, daß er zu der Kundgebung keine Zu- stimmung gegeben hat. Hätte er eine andere Stellung ein- genommen, das Verhalten des Reichskanzlers mißbilligt, und jedes Entgegenkommen verweigert, so wäre das Reich in un- absehbare Verwirrung geführt worden. Ohne Zweifel wird es Bestimmen geben, die an eine nachhaltige Wirkung nicht glauben werden, weil der Kaiser seine Natur nun ein- mal nicht ändern könne. Diesen Bestimmen wollen wir uns nicht anschließen, sondern wir wollen Vertrauen zu unserm Kaiser haben. Wissen wir doch, daß er nicht nur einen guten, sondern auch einen starken Willen hat. Warum sollte es ihm damit nicht gelingen, das als recht Erkannte durchzuführen und begangene Fehler zu vermeiden? Ob beim Kaiser feinerer Mißbilligung gegen den Kanzler zurückgeblieben ist, dessen Nachlässigkeit die Verantwortlichkeit des Interims ver- schuldet und der im Reichstage die schärfsten Angriffe auf den Kaiser schweigend hat geschehen lassen, darf man doch wohl bezweifeln. Wenn die Reichsfinanzreform unter Dach ist, kommt es vielleicht doch zutage, daß der Kanzler das volle Vertrauen des Kaisers nicht mehr hat. Ob seine Autorität den Parlamenten gegenüber nunmehr hinreichend wiederhergestellt ist, daß er mit diesen gedeihlich arbeiten kann, wird sich ja bald zeigen. Der Zentrumsantrag über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ist selbstverständlich durch die Kundgebung des Reichsanzeigers nicht hinfällig geworden."

Aber den Eindruck in Paris läßt sich schließlich das Berliner Tageblatt telegraphieren: Der erste Eindruck der amtlichen Kundgebung ist in den hiesigen poli- tischen Kreisen nicht sehr stark. In der Kammer hält man zwar die Tatsache, daß der Kaiser die Beschwerden des Volkes anerkannt hat, für bedeutungsvoll, vermißt aber eine sichere Garantie für die Zukunft. Ein ungenauer Diplomat in Paris spricht sich noch wie folgt aus: Ich glaube nicht, daß die Erklärung, wie sie bisher vorliegt, die Erregung in Deutschland beenden wird. Sie ist nicht bestimmt genug und hält sich im Grunde nur in Grenzen der bestehenden Verfassung, die sich ja im vorliegenden Falle als unzureichend erwiesen hat. Es fehlt das kräftig erlösende Wort, das ein festes Vertrauen für die Zukunft gibt. Unter diesen Umständen kann ich nach meiner, natürlich unverbindlichen persönlichen Meinung die Erklärung nicht als eine völlig befriedigende Lösung der für Deutsch- land so wichtigen Frage, sondern nur als ein Kompromiß auf Zeit betrachten."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Fiasko der Fahrkartensteuer.

Die Reichsfinanzreform, die dem deutschen Volke 500 Millionen Mark neuer Steuern auspacken will, sieht bekanntlich auch die Aufhebung der Fahrkarten- steuern vor. In der Begründung dieser Verzichtsleistung auf die verkehrsteuerrückende Steuer wird deren Verkehtheit offen eingestanden. Es heißt darüber:

Tatsache ist, daß die Fahrkartensteuer in den weitesten Kreisen des Volkes einem unverwundlichen for- biden Widerstand begegnet, und daß die Eisen- bahnerverwaltungen sich in ihren verkehrspolitischen und verkehrstechnischen Maßnahmen durch eine Steuer beengt und gehindert fühlen, die sich durch ihren Härten und, wie nicht zu verkennen ist, in gewissem Maße willkürlichen Staffeltarif den eisenbahn- wirtschaflichen Bestimmungen und deren Änderungen nicht ohne weiteres anpassen vermag."

Die Begründung weist dann unter anderem darauf hin, daß die Überwälzung der Fahrpreispresse nur wenige

Pfennige eine Steigerung der Steuer zur Folge haben kann, die das Mehrfache dieses Preisunterchiedes betragen und sich auf mehrere Mark belaufen kann. Sie spricht von der Umgehung der höheren Abgabe dadurch, daß man an Stelle der direkten Fahrkarte mehrere Karten über Teilstrecken lösen kann usw.

Das alles ist richtig und schon seinerzeit im Reichs- tage, als die Steuerhinder der Mehrheit am Werke waren, gesagt worden. Auch die Regierung hat es gewußt, trotz- dem aber die Steuer angenommen, um nur möglichst viel Geld zu bekommen. Heute beantragt die Regierung selbst Steuern, die mindestens ebenso verfehlt sind wie die Fahr- kartensteuer. Die Steuer auf Gas und Elektrizität, die Infrarotsteuer usw. würden in der Praxis zu eben solchem Fiasko führen wie die Fahrkartensteuer.

Pfarrer Naumann für Bülow.

In einer Versammlung der Liberalen und der Frei- sinnigen Volkspartei, die am Sonntag in Dresden abgehalten wurde, sprach Reichstagsabgeordneter Nau- mann über die politische Lage. Er verlangte Minister- verantwortlichkeit, Änderung der Verfassung und der Ge- schäftsordnung des Reichstages im Sinne erweiterter Garantien gegen das persönliche Regiment. Ferner wandte sich Naumann gegen die Wahlrechtspläne der sächsischen Regierung und der bürgerlichen Parteien und sprach sich für freies Wahlrecht aus. In der Debatte nahm Genosse Dr. Gradnauer das Wort, um scharfe Kritik an den bürgerlichen Parteien zu üben. Ins- besondere erinnerte er den Pfarrer Naumann auch an die Ausführungen über das Kaiserthum in seinem bekannten Buche „Kaiserthum und Demokratie“. Damals war Nau- mann noch ein begeisterter Verteidiger der kaiserlichen Energie in der Politik. Die Rede Gradnauers wurde mit großem Beifall aufgenommen. In seinem Schluß- worte meinte Naumann, er sei dafür, daß Bülow auf seinem Posten verbleibe. Bülow sei gegenwärtig der einzige Mann, der den „ehelichen Makler“ zwischen Fürst und Volk spielen könne. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

Eine nette Gesellschaft

scheint jetzt in dem „sozialistischen“ sächsischen Landtag versammelt zu sein. Noch sind die Akten nicht geschlossen über die Briefingeschichte, in der die nationalliberalen Abgeordneten Langhammer und Rinkelhanm eine ziemlich bedenkliche Rolle spielen, und nun erzählen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ folgende Episode:

Der Abg. Kühlmann soll sich eines Tages im Besitze eines Privatbriefes des Abg. Opitz be- funden und den Inhalt des Schriftstückes zu geeigneter Zeit verwendet haben. Darüber kam es zu heftiger Aus- einandersetzung zwischen den beiden Abgeordneten und zu einer Duellforderung, die auch angenommen wurde. Für den Bemühungen des Präsidenten sei es zu danken, daß diese Differenzen nicht mit der Pistole zum Ausdruck kamen. Abg. Kühlmann nahm einen nicht ganz freiwilligen Urlaub und begab sich in die Heilanstalt König- brunnen bei Königsfelden. Nach der Landtagsession wird er auch sein Mandat niederlegen. Für Dr. Kühlmann, der Rektor des Realgymnasiums zu Döbeln ist, hat dieser „Fall“ aber noch weitere Folgen, denn seine vorge- setzte Behörde, das Kultusministerium, hat gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Persien.

Es gärt. Am 11. November plünderten Ra- radschadag-Reiter Sam Khan das dem russischen Untertanen Abil Khan Karabai gehörige, von Ar- meniern bewohnte Dorf Zeingruschbar, das 6 Werst von Tabris entfernt liegt. Beiderseits gab es Tote und Ver- wundete. Der materielle Schaden Karabais beträgt 75 000 Rubel. Der Generalgouverneur An et Dauleh lehnte die Verantwortung für das Vorkommnis ab, da er nicht über die nötigen Kräfte zur Herstellung der Ord- nung verfüge. Der russische Geschäftsträger und der eng- lische Gesandte in Teheran richteten auf vorkommende Erzeße ihre ernste Aufmerksamkeit und machten die persi- sche Regierung verantwortlich für dergleichen Handlungen der Truppen des Schahs.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Donnerstag, den 19. November.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akfordarbeit ist über die Akfordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

Achtung Zimmerer! über das Geschäft des Zimmer- meisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zehnkasse Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akfordarbeit ist über die Akfordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fadenburger Allee Nr. 51, Fabz, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhäuser Nr. 21-23, Grünmühle in der Hafensstraße, Stielbau Markt, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! über die Stielbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akfordanten F. Mädel und F. Fabz im Fünfhäuser und über den Bau Hafensstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Mon- tag, den 23. November 1908, abends 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: I. Wahl eines Bür- gerschaftsausschusses. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Begrenzung der Vororte der Stadt Lübeck. 2. Herstellung eines Bösch- und Ladeplatzes an der Schlüter Weg und eines neuen Sicherheitshafens für die Fischertähne daselbst. 3. Einrichtung des ehemals sächsischen Hofes für die Belegung mit Kranken. 4. Nachbewilligung von 7818,81 Mk. auf die Ausgaben der Staatsirrenanstalt im Rechnungsjahre 1907. 5. Erlass eines zweiten Nachttrages zu dem Gesetze vom 27. Mai 1899, die Verwaltung der Einkommensteuer betreffend. 6. Erlass eines neuen Einkommensteuergesetzes. 7. Aufhebung des Artikels 24 des Unterrichtsgesetzes und anderweitige Festlegung der Gehälter der wissenschaftlichen Hilfslehrer an den höheren Schulen. 8. Legung von elek- trischen Lichtkabeln in der Lindenstraße, Hansstraße um. 9. Befreiung des Lübbauergeländes. Die

Schwartau mit Gas. 10. Nachbewilligung an die Verwal- tungsbehörde für städtische Gemeindefestlichkeiten zur Aus- gleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahre 1907. 11. Herstellung einer Wassergasanlage und Erweiterung des Gaswerkes II. IV. Wiederholte Beratung der in den letzten Sitzungen unerledigt gebliebenen Initiativanträge.

Gegen die Lichtsteuer protestierte gestern eine gut- besuchte öffentliche Versammlung der Gas- und Elektrizitäts- arbeiter, die im „Bereinshaus“ tagte. In eingehender Weise behandelte Genosse Sellin den Gesetzentwurf und wies nach, welche ungeheuren Schädigungen die Einführung dieser Steuer für die Industrie und für die Arbeiterchaft in sich birgt. Seine Ausführungen klangen aus in der Mahnung, energisch gegen diese Steuer zu protestieren und durch die Organisation zu versuchen, mehr Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu gewinnen. Der Generalsekretär des Gemeindearbeiterverbandes, Genosse Böhrt, sowie Genosse Mehrlein und der Vorsitzende der Versammlung ergänzten die Ausführungen des Referenten. Der Wille der Versammlung kam in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: Die Versamm- lung erhebt Protest gegen die geplante Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer. Die Verammelten erblicken in der Verwirklichung dieses Problems eine schwere Schädigung der Gas- und Elektrizitäts-Industrie. Eine solche Steuer würde nicht allein eine bedeutende Preiserhöhung von Licht und Kraft, sondern auch der zu ihrer Verwendung notwendigen Produkte zur Folge haben. Eine Ein- schränkung des Konsums und mit ihr der Produktion wäre unausbleiblich. Mindereinnahmen aus diesen Betrieben würden auf die Konsumenten und produzierenden Arbeiter abgewälzt. Die Gas- und Elektrizitätsarbeiter träge doppel- ter Mangel, und zwar als Konsumenten und Produzenten. Diese Belastung der Industrie zöge ein noch weiteres Sparen an Arbeitskräften nach sich. Arbeiterentlassungen erfolgten in größerem Maße wie seither. Die Gas- und Elektrizitäts- arbeiter würden also in ihrer Erwerbsquelle erheblich beein- trächtigt. In ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die so schon angänzlich genug sind, kämen noch weitere Verschlech- terungen zur Geltung. Aus diesem Grunde protestieren die Gas- und Elektrizitätsarbeiter gegen die Einführung dieser Steuer und erwarten vom Bundesrat und Reichstag die Ablehnung resp. Zurückziehung des kulturwidrigen Ge- setzentwurfes. Die Verammelten beauftragen den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Bundesrat und Reichstag diese Resolution mit näherer Begründung zu über- reichen. Ferner wurde in einer weiteren Resolution der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Bürgerschaft den Senat ersucht, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Lichtsteuer-Vorlage nicht Gesetz wird. Diese Resolution soll der Bürgerschaft unterbreitet werden.

K. Bülow-Reiter. Die Vereinigten bürgerlichen Par- teien Lübecks hielten es für eine „nationale Pflicht“, ihrem armen geplagten Blockvater Bülow Mut und Trost zuzu- sprechen. Sie trummelten am Dienstag in den Saal der „Zentralhallen“ im Höchststalle etwa 300 Neugierige hinein, denen der Bremer Schulvorsteher und Reichstagsabgeordnete Hornmann eine Rede über die Pflicht der Kaiser- und Bülowtreuen in der gegenwärtigen kritischen Zeit hielt. Über die wichtige Frage des Augenblicks, das Kaiser-Interview und die dadurch hervorgerufene Weltblamage Deutschlands servierte der Redner seinen Blockfreunden ein Wasserschöpfchen patriotischer Entrüstung. Hierauf erklang ein inbrünstiges Gebet, daß Gott uns — dem deutschen Volke — den Bülow erhalten möge, denn dieser Blockreichskanzler sei der einzige, der den schweren Posten ausfüllen könne. Nach Hornmann soll an- geblich das ganze deutsche Volk hinter Bülow stehen!!! Höchstens das Blockvolk. Auch über die geplante Reichs- finanzreform fand Hornmann einige manchmal sogar radikal stehende Worte. Die Reform sei im Gegensatz zu der stengeltischen Kinderlichenreform eine großzügige und die linksliberalen im Reichstag würden nach Möglichkeit an der Sanierung der Reichsfinanzen mitarbeiten. Redner sagte frei heraus, daß sie versuchen würden, wenigstens eine direkte Steuer von den Konservativen zu erbitten, das übrige müßte eben durch indirekte Besteuerung des Konsums aufgebracht werden. Man kann daraus ersehen, daß die Freisinnigen sich der Mehrbelastung der ärmeren Volksschichten durch in- direkte Steuern schuldig machen wollen. Arbeiter merkt auch das! Nach Schluß der patriotischen Demonstrationen gingen die Epigonen der Sturmgesellen gleich nach Hause. Der Vollständigkeit halber sei mitgeteilt, daß diesmal die Freisinnige Volkspartei an der Reihe war, für die „Ver- einigten bürgerlichen Parteien“ die Versammlung einzuberufen.

In der öffentlichen Buchbinder-Versammlung am Mon- tag den 16. November sprach der Verbandsvorsitzende des Deutschen Buchbinder-Verbandes, Klotz-Berlin, über das Thema: Das heutige Buchbinder-Gewerbe im Lichte der wirt- schaftlichen Entwicklung. Der Referent schilderte die Um- wälzung vom Kleinbetriebe zum Großbetriebe. Die Ver- hältnisse in der guten alten Zeit waren ganz anders als heute. Damals war die Arbeitszeit von Sonnenanfang bis Sonnenuntergang. In Anbetracht der vielen katholischen Feiertage und Zunftfestlichkeiten war die Arbeitszeit auch keine längere als heute. Die maschinellen Einrichtungen waren äußerst primitiv. Heute ermöglichen die technischen Einrichtungen eine kolossale Arbeitserparnis. Infolgedessen können eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen entbehrlich werden. Durch die Massenproduktion wird der Preis herabgesetzt und infolgedessen der Konsum gehoben. Wir sehen somit einen Niedergang des Kleingewerbes gegen- über dem Großbetriebe eintreten. Das Verhältnis des Ar- beitgebers zum Arbeitnehmer ist ebenfalls ein ganz anderes geworden. Das einzige Mittel für den Arbeiter, an den wirtschaftlichen Ertragsüberschüssen in etwas teilnehmen zu können, besteht darin, sich der Organisation, dem Deutschen Buchbinder-Verbande anzuschließen. Nicht nur die Großstädte erreichen dadurch Vorteile, sondern auch in der Provinz werden durch die Lohnbewegungen der Großstädte die Lohn- läge gesteigert. Dadurch genießt auch jeder Arbeiter der Provinz den Segen der Organisation. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seinen vortrefflichen, anderthalb- stündigen Vortrag.

Schwurgericht. Wegen Nothzucht wurde am Dien- stag verhandelt gegen den Schmied Schröder aus Rajen- selde. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffent- lichkeit statt. Der Angeklagte, der 50 Jahre alt und ver- heiratet ist, hat in zwei Nächten im September seine Stief- tochter auf öffentlicher Straße überfallen und vergewaltigt. Nach Befragung der Schulfragen beantragte der Staats- anwalt eine Strafe von 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Wegen Urkundenfälschung und Betrug hatte sich hierauf zu verantworten der Handlungsgehilfe Schäfer von hier. Infolge Stellenlosigkeit kam der Angeklagte auf die Idee, an einen Kaufmann Schmidt in Hamburg postlagernd eine Postanweisung zu senden, mit dem Betrag von 550 Mk. Auf dem Hamburger Postamt nahm er die Postanweisung in Empfang und hing an die 5 eine 0, und an das Wort „fünf“ die Silbe „zig“ an. Beim Ausschreiben des Formulars hatte er an der bet- r. Stelle den notwendigen Raum gelassen. Die so gefälligte

Postanweisung legte er am Schalter zur Auszahlung vor und erhielt den erhöhten Betrag von 80,50 Mk. ausbezahlt. Durch das Gelingen des Manövers wurde Schröder mutig und vollführte noch zwei weitere gleichartige Fälschungen. Hier in Lübeck wurde die Sache entdeckt und der Täter sofort in Haft genommen. Außerdem hatte Sch. noch eine auf seinen Namen lautende Radfahrkarte und den Namen Schlichter daraus gemacht. Vor dem Gericht legte der Angeklagte ein umfassendes Geständnis ab und gab zu seiner Entschuldigung an, durch die Stellunglosigkeit zu den Schuldbeladen getrieben worden zu sein. Nachdem die Geschworenen unter Zuhilfenahme milde Umstände die Schuldfrage bejahten, beantragte der Staatsanwalt eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf neun Monate Gefängnis.

Eine Wanderung durch ein Kohlenbergwerk betitelt sich der Vortrag, den Richard Laube am Dienstagabend im vollbesetzten großen Saale des Vereinshauses hielt. Im ersten Teil wurden die über Tag, also an der Erdoberfläche errichteten Gebäude und Maschinen gezeigt. Die zweite Hälfte des Vortrags begann mit der Seilfahrt und zeigte das Innere einer ober-schlesischen Steinkohlengrube. Trotz des beschwerlichen Photographierens mittelst Blitzlicht im Erdinnern waren die Bilder von seltener Schärfe und die Zuhörer gewannen an der Hand des mündlichen Vortrags einen Begriff von der anstrengenden und gefährlichen Tätigkeit des Bergmanns. Anknüpfend an die auffällige, durch die Bilder vorgeführte Tatsache, daß die Bergleute in dem betreffenden Werk vielfach ihre Pfeife rauchten, führte Redner aus, daß in Ober-schlesien das Innere der Gruben nirgends die Temperaturhöhe erreicht, wie im Ruhrgebiet oder im Saarbrücker Revier. Im Schlesienschen wären die Gruben nicht so tief und die Kohlen neigen nicht so sehr zur Staubbildung, daher sei die Gefahr der schlagenden Wetter dort nicht so vorherrschend wie in den westfälischen Becken. Auf das Unglück auf der Zeche „Kadob“ bei Hamm hinweisend, kam Redner auf die Maßregeln zu sprechen, die zum Schutze von Gesundheit und Leben der Bergleute vorgeschrieben seien. Leider werden diese Vorschriften durch gewissenlose Beamte und profitstüchtige Grubenverwaltungen nicht immer inne gehalten und dann entstehen solche entsetzliche Katastrophen. Man könne nur in den Ruf der Hammer Bergleute, der an einen preussischen Prinzen gerichtet war, einstimmen: Königliche Hoheit! Mehr Arbeiter-schutz. Zum Schluß zeigte der Redner als Zugabe einige prächtige Landschaftsbilder aus den österreichischen Ländern Bosnien und Herzegowina. — Die überaus zahlreich erschienenen Zuhörer schätzten dem Redner für seine Darbietungen reichen Beifall.

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Oktober 1908: Ochsen 62, Bullen 82, Kühe und Starke 1003, fette Kälber 371, magerere Kälber 896, Lämmer 3, Flegel 56, Schweine 3100, Schafe 685, Pferde 76, zusammen 6386 Tiere. Bestandungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper; gänzlich vernichtet: 1 Kuh wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kalb wegen Nabelvenenerkrankung und fulziger Beschaffenheit des Fleisches. 2. Dem Tiergarten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 3 nicht. Kälber wegen Unreife. 3. Im Dampfdesinfektor getödtet: 1 Jungbrind wegen Tuberkulose, 1 Schweine wegen Tuberkulose mit ausgebreiteten Erweichungsherden, 4 Schweine wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Auf der Freibank verkauft: 2 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Gelbsucht, 1 Schwein wegen Geruchsabweichung, 1 Schwein wegen abnormer Verfärbung, 2 Kälber wegen mangelhafter Entwicklung. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 1853 1/2 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 1130 Kilogr. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Davon wurden beanstandet: 1 Rinderlung wegen Tuberkulose.

Verkauf von Blumen und Kränzen am Sonntag. Auf Grund des § 105 f Abs. 2 der Reichsgenerallandungsordnung wird am Sonntag, den 22. November cr. für den Verkauf von Blumen und Kränzen die Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags freigegeben.

Afford ist Mord. Daß dieses Wort wahr ist, bezeugt der bedauerliche Unglücksfall auf dem Holzlagerplatz von Gossman u. Jürgen, der sich am Montag nachmittags ereignete. Die Arbeiter hatten, weil sie die Dampfperlatung im Afford löschten, das erlöschende Betreiben, die Arbeit so schnell wie möglich zu verrichten, allerdings unter Außerachtlassen der nötigen Vorsicht. Der Bock, auf dem das Laufbreit lag, hatte eine Höhe von ungefähr 15 Fuß, der Holzstapel war, vom Bock aus gemessen, schon über Schulterhöhe hoch. Die Folge war, entweder mußte nun eine Stellege auf dem Laufbreit errichtet werden, oder aber, da noch genug Platz vorhanden war, konnte neben dem Holzstapel von unten auf wieder zugelegt werden. Einige Arbeiter sahen das Gefährliche der Sache ein und legten ihre Last neben dem Holzstapel nieder. Wenn alle Leute, die an dem Holzstapel arbeiteten, die nötige Vorsicht hätten walten lassen, wäre der Unglücksfall wahrscheinlich nicht passiert. Aber durch das infolge der Affordarbeit bedingte Hasten und Eilen werden die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln für Gesundheit und Leben häufig nicht beachtet und die Folge sind dann Unfälle. Darum fort mit der Affordarbeit wenigstens in den Betrieben, die mit Lebensgefahr für die Arbeiter verbunden sind.

pb. Verschwendunger Handwagen. Vor dem Hause Marlesgrube 42 ist in der vorigen Woche ein zweirädriger Handwagen abhandengekommen und vermutlich von einem Unbefugten benutzt und nicht wieder zurückgebracht worden. Das Untergerüst stammt von einem alten Postwagen und ist gelb gestrichen. Der obere Kasten ist neu und nicht gestrichen.

pb. Wenn gehört der Wscheimer? In der Glockengießerstraße ist am Dienstag, den 17. ds. Mts., ein herrlicher Wscheimer mit Deckel, aus verzinktem Eisenblech, gefunden und beim Polizeiamt abgegeben. Der rechtmäßige Eigentümer wolle sich im Bureau der Kriminalpolizei melden.

pb. Steckbriefling. Auf Grund eines Steckbriefes der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde ein Arbeiter festgenommen.

pb. Palettmarder. Am 17. d. M. ist aus einem Hause der Wahnstraße ein dunkler fast neuer Herren-Winterpaletot mit Sammettragen, schwarzem Atlasfutter und dunklem Armeelutter mit blauen Streifen, und ein brauner steifer Filzhut gestohlen worden. Der Stoff des Paletots ist mit weißen Fäden durchwirkt, er ist mit dem aus gelber Seide gestickten Monogramm „W. W.“ versehen.

pb. Ein diebischer Kellner. Ein in einem hiesigen Cafe tätiger Kellner wurde wegen Diebstahls einer Halskette und einer goldenen Uhr mit Kette zur Anzeige gebracht.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter auf Grund einer Requisition des Amtsvorstehers in Dazendorf wegen Diebstahls.

pb. Eigentümer gesucht. Ein hiesiger Arbeiter lieferte am 18. d. M. im Fundbureau des Polizeiamtes einen Reife-

korb, der Herren-Kleidungsstücke und Hüte enthält, mit dem Bemerkten ab, daß ihm dieser Korb am 12. d. M. nachmittags in der Bahnhofstraße von einem unbekanntem Manne mit dem Auftrage übergeben sei, ihn nach einem Schiffe zu tragen, ohne den Namen des Schiffes zu nennen. Unterwegs sei sein Auftraggeber, anscheinend ein Seemann, von ihm abgegangen, mit der Weisung auf ihn zu warten, sei aber nicht wiedergekommen. Der unbekanntem Eigentümer der Sachen wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Die zweite große allgemeine Geflügelausstellung, welche vom Geflügelzüchterverein St. Lorenz im Konzerthaus Flora veranstaltet ist, weist eine außerordentlich reiche Besichtigung auf. Besonders stark sind Hühner und Tauben vertreten. Auch Gänse und Enten sind in vorzüglichen Exemplaren ausgestellt. Die Ausstellung, die ein schönes Bild von den Fortschritten der Geflügelzucht gibt, wurde vom Publikum besonders gestern recht zahlreich besucht.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Freitag geht Gounods große Oper „Margarete“ (Faust) in glänzender neuer Einstudierung in Szene. Die Besetzung der Hauptpartien ist folgende: Faust: Herr Erb; Margarete: Fräulein Bartsch; Mephistopheles: Herr Söttges; Valentin: Herr Fischer; Siebel: Fräulein Stretten; Marie: Fräulein von Neuenhoff; Brander: Herr Köpner. Die Inszenierung des Werkes liegt in Händen des Herrn Oberregisseur Islaub; die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Pfeiffer. — Die vorkommenden Tänze, und zwar im 2. Akt Walzer und im 5. Akt Baghane, sind arrangiert von der Ballettmeisterin Fräulein Frieda Hartmann und werden ausgeführt von derselben, sowie der Solotänzerin Fräulein Kroneberg und den Damen des Ballett-Korps. Am Sonnabend gelangt Albert Lorchings komische Oper „Der Waffenschmied“ zur Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Am Freitagabend 8 Uhr kommt das reizende Lustspiel „Standhafte Liebe“ und die zweifelhafte Schürzenkomödie „Dhelle's Erfolg“ zur Aufführung. Am Sonntagabend 7 1/2 Uhr erscheint die wirkungsvolle Detektiv-Komödie „Sherlock Holmes“ von Albert Bozenhard in neuer Einstudierung auf dem Spielplan.

Stoteldorf. Gegen das persönliche Reglement und die neuen Steuern protestierte eine am Dienstagabend im Lokale des Herrn Paetau abgehaltene gutbesuchte Volksversammlung. Unter lebhaftem Beifall erörterte Genosse Dr. Schlomer-Lübeck das Thema. In der Diskussion ergänzte Genosse Stelling-Lübeck die Ausführungen des Redners und forderte zur regen Beteiligung an den am 30. November stattfindenden Gemeinderatswahlen auf.

Moorgarten. Eine sehr stark besuchte Volksversammlung — es mochten etwa 80 Personen anwesend sein — tagte am Dienstagabend im Lokale des Herrn Hein. Genosse Löwig-Lübeck besprach die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der durch das Kaiserinterview erfolgten Blamage Deutschlands. Weiter zerpflückte Redner das neue Steuerbillet, durch das man den breiten Schichten der Bevölkerung neue Lasten aufzuerlegen gedenkt. In der Diskussion, an der sich auch einige Landarbeiter beteiligten, legte Genossin Schlomer-Lübeck besonders den Frauen warm ans Herz, sich am politischen Leben zu beteiligen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie schloß Genosse Dürkop die Versammlung. Vielfach wurden noch Wünsche laut, es möchten in Moorgarten häufiger derartige Versammlungen stattfinden.

Leban. Eine Volksversammlung findet am Freitagabend 8 Uhr hier selbst im Lokale des Herrn Grimm statt. Genosse Stelling-Lübeck wird über das persönliche Reglement und die geplanten neuen Steuern sprechen. Ein zahlreicher Besuch ist dringend erforderlich.

Hamburg. Ein merkwürdiger Meineidsprozess. In der ganzen vorigen Woche und am Montag hat vor dem Schwurgericht zu Hamburg eine Verhandlung gegen den des Meineids angeklagten Direktor Ball von den „Berliner Ausstellungsgalerien“ stattgefunden, die reich an Zwischenfällen war. Direktor Ball ist ein zahlungsfähiger Mann, der sich drei Verteidiger, darunter Justizrat Dr. von Gordon-Berlin und Rechtsanwalt Grünspach-Berlin, leisten konnte. Zu der Verhandlung waren 74 Zeugen aus Berlin geladen. Den Meineid soll Direktor Ball am 10. Januar 1908 in einem Strafprozess in Hamburg gegen den des Sittensverbrechens angeklagten Kaufmann Heinrich Wallin, Nefen des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, geleistet haben. Mit diesem wegen Knabenhandlung zu einem Jahr Gefängnis verurteilten Wallin stand Ball in Geschäftsverbindung, und als Wallin verhaftet wurde, soll Ball Schritte zugunsten seines Freundes, gegen den noch ein Meineidsverfahren schwebt, eingeleitet haben. Beide sollen die Vereinbarung getroffen haben, es solle von Berlin ein Beauftragter nach Hamburg reisen und dort die Knaben auffordern, im Prozeß gegen Wallin recht scharf auszusagen, wobei Geldversprechungen gemacht wurden. In der Hauptverhandlung solle dann der Beweis für die stattgehabte Beeinflussung der Knaben erbracht und gesagt werden, der Beauftragte sei von der sozialdemokratischen Partei abgesandt, die, unter Hinweis auf die damaligen Differenzen im Hamburger Hafen, ein Interesse daran habe, die Familie Wallin bloßzustellen. Solche perfide Machenschaften haben stattgefunden, aber Ball stellte in der erwähnten Hauptverhandlung in Abrede, die betreffenden Briefe, die in seinem Berliner Bureau verfaßt sind, veranlaßt zu haben. Die nach diesem Prozeß von Wall entlassene Kasserin denunzierte ihren früheren Chef wegen Meineids, indem sie behauptete, Ball habe seinen Kontorlehrling mit der Mission zugunsten Wallins betraut und ihn am 26. Juni 1907 mit nach Hamburg genommen, habe die Briefe veranlaßt und Fälschungen und Rasuren im Kassabuch vorgenommen, um die Spuren — die vorausgabten Papiere für den Lehrling — zu vernichten. In der Verhandlung behauptete Ball, die Kasserin, eine Frau Frücke, sei aus Rache gegen ihn vorgegangen, während Frau F. bei ihrer zwei Tage dauernden Vernehmung aus sagte, Ball habe die ganze Sache inszeniert, wobei sie eine große Anzahl belastender Momente vorbrachte. Es standen Aussagen gegen Wallin. Der Lehrling ist an demselben Tage in Hamburg gewesen wie sein Chef, aber der junge Mensch behauptet, die Frücke habe ihn nach Hamburg geschickt, weil sie einen fetten Rebhahn von dem Generaldirektor zu machen gedachte. Die F. sagte aus, der Lehrling sowohl wie andere Zeugen seien von Wall „bearbeitet“ worden. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten, der fünf Monate in Untersuchungshaft war, in hohem Maße für verdächtig, aber er beantragte mangels ausreichenden Beweises die Verneinung der Schuldfrage. Trotz dieses Antrages und der glänzenden Vertheidigungsreden erklärten die Geschworenen den Angeklagten des Meineids unter Verjahung der Strafmildern den Nebenfrage für schuldig. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit. Als das Gericht über das Strafmaß beriet (am Sonnabend in später Stunde), versiel der Angeklagte in einen trampfartigen Zustand,

so daß ärztliche Hilfe requiriert und die Verhandlung auf Montag ausgesetzt werden mußte. Am Montag teilte der Vorsitzende mit, daß der Angeklagte sich noch in bewußtlosem Zustande befinde. Es kommt zwischen dem Staatsanwalt und der Verteidigung zu längeren juristischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob in diesem Falle, wo die Abwesenheit des Angeklagten nicht auf eigenes Verschulden zurückzuführen ist, ein Urteil verkündet werden darf. Der Staatsanwalt behauptet diese Frage, während Justizrat Dr. von Gordon hervorhebt, daß die Verhandlung noch nicht beendet gewesen sei, denn die Verteidigung hätte noch immer, bis vor der unmittelbaren Verurteilung des Strafmaßes, Anträge stellen können. Das Gericht vertrat jedoch die Ansicht, daß, da die Sache durchverhandelt sei, das Urteil auch in der Abwesenheit des inzwischen erkrankten Angeklagten verkündet werden könne und verurteilte Ball zu neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Neuwünster. Notstandsarbeiten. In einer Sitzung des Stadtratskollegiums wurde eine Eingabe des Gewerkschaftsartells betreffs Notstandsarbeiten dahin erwidert, daß der Magistrat aufgefördert wird, den Kollegien eine Vorlage, Durchforschung des Stadtwaldes betreffend, zu unterbreiten.

Kiel. Beim Essen erstickt. Der Kohlenhändler M. war Dienstagabend mit einem Freunde in einer Spellesswirtschaft der Hohenstraße zum Beersteat-Essen eingelehrt. Beim Essen über M. ein Bissen in der Speiseröhre stecken. Sein Begleiter gab sich alle erdenkliche Mühe, M. durch Klopfen im Rücken aus seiner gefährlichen Situation zu befreien. Bis zur Haustür konnte M. noch gehen, dann brach er bewußtlos zusammen. Der hinzukommende Polizeikommissar v. Wronski und ein Schutzmännchen legten sofort Wiederbelebungsvorkehrungen an. Auch die später erscheinende Feuerwehr entwickelte eine angelegnete Arbeit mit Sauerstoff, aber ohne Erfolg. Bei der Ankunft in den Sellanstalten konnten die Ärzte nur den Tod feststellen. M. war erstickt.

Oldenburger Landtag.

h. Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lüneburg für das Jahr 1909 ist dem Landtage zugegangen nebst einem Rechnungsergebnis pro 1907, das sich wie folgt stellt:

Der Kassenüberschuss (ausschließlich des Betriebsfonds von 108 000 Mk.) hat Ende 1906 betragen	260 050,19 Mk.
Hinzü die Einnahmen aus 1907	902 528,40 „
	1 162 578,59 Mk.
Davon ab die Ausgabe für 1907	881 135,32 „
bleibt Kassenüberschuss Ende 1907 (ausschließlich des Betriebsfonds von 108 000 Mk.)	281 443,27 „
Der Kassenüberschuss hat sich hiernach um	21 393,08 „
vermehrte, während eine Mindereinnahme von	97 572,58 „

veranschlagt war. Dies glänzige Ergebnis ist hervorgerufen durch 92 436,93 Mk. Mehreinnahmen und 26 528,08 Mk. Minderverwendungen.

über das mutmaßliche Ergebnis des Rechnungsjahres 1908 ist folgendes zu bemerken:

Nach dem festgestellten Voranschlage betragen die Gesamteinnahmen	1 116 606,47 Mk.
die Gesamtausgaben	926 932,25 „

sodass sich ein voranschlägiger Überschuss von 189 674,22 Mk. ergibt.

Der Voranschlag pro 1909 weist nach: an Einnahmen aus dem Staatsvermögen nach Abzug der Baarsummen zur Substantiation des Großherzoglichen Hauses im Betrage von 49 450,83 Mk. den Betrag von 413 339,67 Mk., an Gemeindefognition, Sporteln 158 900 Mk., an Grundsteuer 42 200 Mk., Gebäudesteuer 47 700 Mk., Einkommensteuer 300 000 Mk., Vermögenssteuer 82 000 Mk., Erbschaftsteuer 14 000 Mk., Wandergewerbesteuer 1800 Mk., sonstige Einnahmen 9100 Mk., dazu außerordentliche Einnahmen: a) Kassenüberschüsse aus 1908 394 000 Mk., b) Anleihe zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes für die Regierung und ihre Dienststellen in Cutin, ferner zum Umbau des jetzigen Regierungsgebäudes für Unterbringung des Amtsgerichts 110 000 Mk., c) Anleihe zur Herstellung eines neuen Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau 85 000 Mk. Die Gesamteinnahme beträgt somit 1 657 339,67 Mk. Die Ausgaben weisen nach: Ordentliche Ausgaben: Allgemeiner Landesauswand einschließlich 49 360,— Mk. für die Zentralkasse des Großherzogtums den Betrag von 153 997,— Mk., Kosten der Verwaltung 209 297,— Mk., Verwaltung der Justiz- und Militärangelegenheiten 141 221,— Mk., Verwaltung des Kirchenwesens und der Schulen 240 550,— Mk., Verwaltung des Staatsbudgets und der Finanzen 183 235,— Mk., Unvorhergesehenes 6700,— Mk., in Summa 940 000,— Mk.; ferner außerordentliche Ausgaben: Schuldenabtragung 23 969,88 Mk., zur Erhöhung des Betriebsfonds 42 000,— Mk., zur Herstellung eines Dienstgebäudes in Cutin sowie zum Umbau des jetzigen Regierungsgebäudes zur Unterbringung des Amtsgerichts 240 000 Mk., für Umbau des Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau 165 000,— Mk., Vermischtes und Unvorhergesehenes 500,— Mk., in Summa 476 469,88 Mk. Gesamtbetrag der Ausgaben 1 416 469,88 Mk. Außerdem ist ein Betriebsfonds von 108 000 Mk. vorhanden, der für 1909 auf 150 000 Mk. erhöht wird.

Handels- und Markt Nachrichten.

Butter-Kotierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 16. November.

1. Klasse 179 Drittel zu 124,80 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 18 „ „ 117,97 Mk. „

Steuerschanz-Viehmarkt
17. November.

Der Schweinehandel verlief äußerst rego. Zufuehrt wurden 4000 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 67—68 Mk., leichte 67*) Mk., Sauen 59—64 Mk., Ferkel 64—67 Mk. pro 100 Pfund.
) Mehrfach auch darüber.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Es ist von einer Konkurrenz eine Kellame-Broschüre gegen uns verbreitet worden, welche auf Ausforschung ungetreuer Angestellter beruht und aus tendenziösen Entstellungen und direkten Unrichtigkeiten zusammengesetzt ist.

Wir haben uns in der Deffentlichkeit mit dieser Broschüre, die sich durch ihre Tonart von selbst richtet, nur insoweit befaßt, als wir deren Beschlagnahme und unser strafgerichtliches Vorgehen publizierten.

Die Beschlagnahme der Broschüre wurde zwar vom Amtsgericht Bremen vorübergehend aufgehoben, ist aber vom Kgl. Amtsgericht Berlin und nunmehr trotz Einspruchs der Konkurrenz auch vom Kgl. Landgericht Berlin, der letzten Instanz, wiederholt und endgültig ausgesprochen worden. Die Broschüre darf demgemäß nicht mehr verbreitet werden.

Hiernach möge man ermesfen, wie hinfällig — um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen — der Vorwurf ist, daß wir die Beschlagnahme „durch falsche Angaben“ erwirkt hätten, ein Vorwurf, wegen dessen wir ebenfalls Strafantrag gestellt haben.

Damit schließen wir unsererseits die öffentliche Erörterung über diese Konkurrenz-Broschüre.

München, Herdingen a. Rh., Berlin, den 16. November 1908.

Rothreiners Malzkaffee-Fabriken,

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Sonnabend, den 21. Novbr., abends 8 1/2 Uhr,
„Bürgerverein“, Königstrasse 25, findet eine

öffentl. Gewerkvereins-Versammlung

des
Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)
Tages-Ordnung:

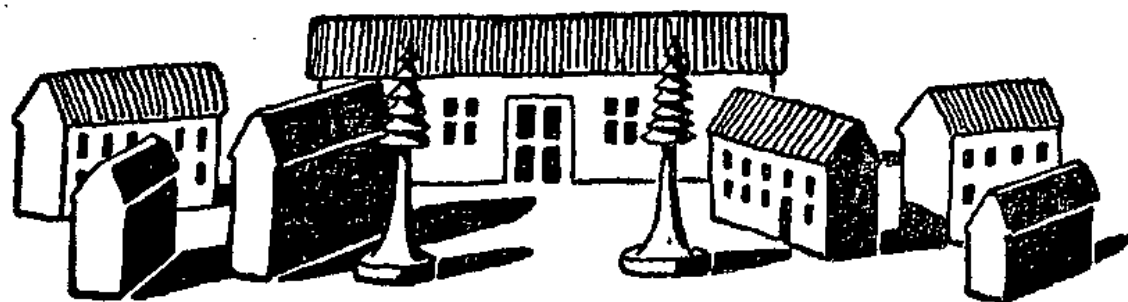
I. Der Gewerkverein der Holzarbeiter und seine Gegner.

Referent: M. Schumacher-Berlin.

2. Diskussion mit unbeschränkter Redefreiheit für jedermann.

Sämtliche in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Einberufen vom Ortsverein (H.-D.) Lübeck.



In jedem Haus
braucht man jetzt zum Ko-
chen, Braten, Backen nur noch
„Folmin“.

S

H

Empfehle aus eigener Schlichtung einen größeren Posten

Blomen

vorzügliche Qualität

extra dick und kernig.

Verkauf in meinen Detail-Geschäften.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Zahle für Hausstandslumpen Pfd. 3 Pf.
frei Haus und Postkarte. Eisen, Zeitungen,
Metall und Felle kauft zu hoch. Tagespreisen
Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25.

Briketts 100 Pfd. 1.20 Mk.
Wiedestraße 33.

Heute und folgende Tage:

Prima Lammfleisch
(Zählungsstämmer) per Pfund 65 Pfg.
Keule und Rücken 75 Pfg.
Johs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60.
Fernruf 1481.

Einladung zum

BALLO
der Arbeiter der Firma
Bernhöft & Wilde
am Freitag, den 20. Novbr.
im Lokale des Herrn Borgwardt,
Central-Hallen.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintritt 1 Mark, Damen frei.
Das Komitee.
Ein etw. überschüss. w. zu wohlt. Zwecken verw.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-
Versammlung
am Freitag, den 20. d. M.
abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Weihnachtsvergügen.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

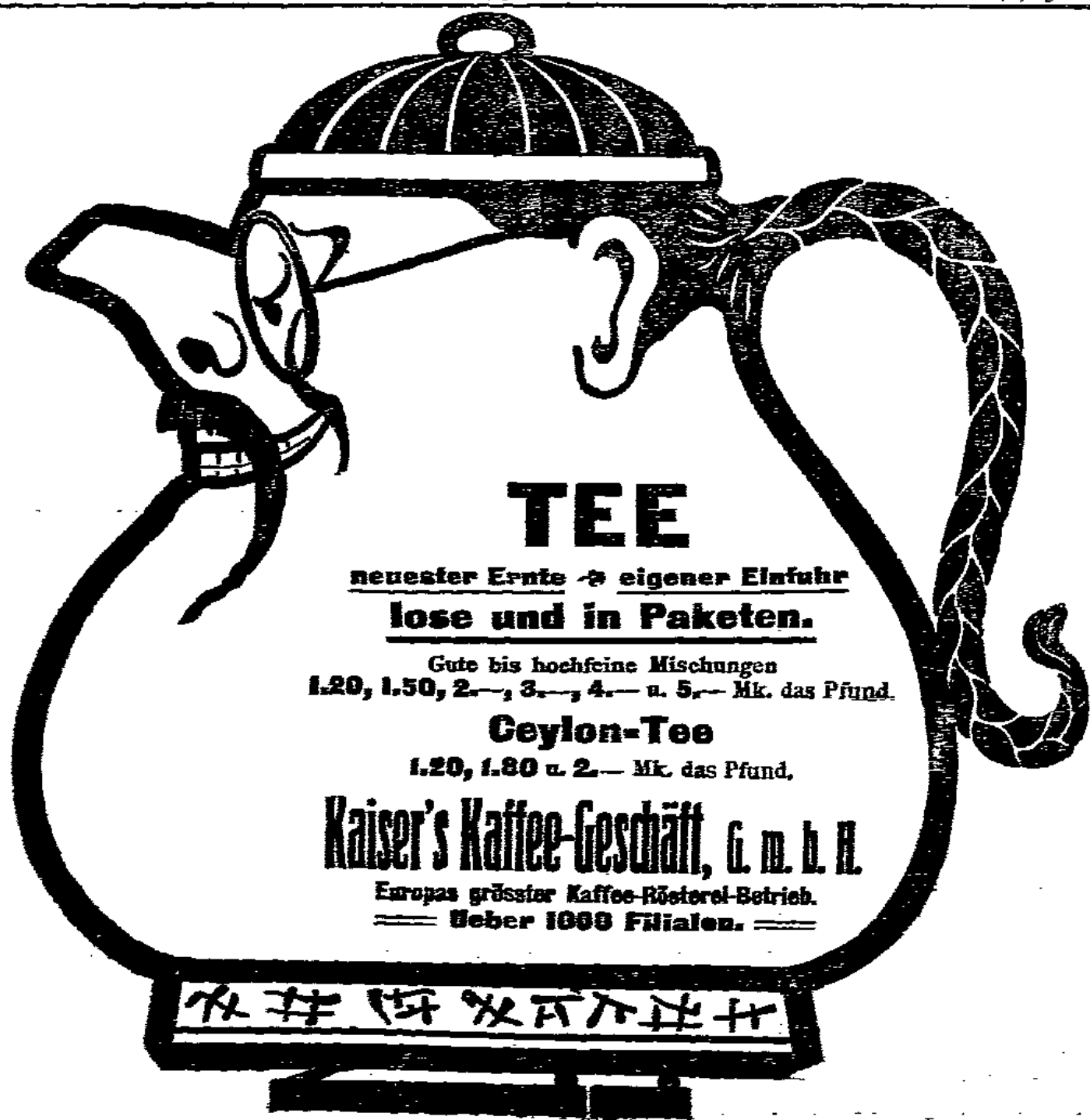
Universum

Heute Donnerstag:
Groß. Komödienabend

Hansa-Theater
Variété I. Ranges.
Gastspiel Grete Gallus.
Automatus Cie.
Die Erlebnisse eines Bauernpaares in
einer Automaten-Ausstellung.
Paul Coradini
u. das große Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater
Freitag, 20. November, abends 8 Uhr:
Standhafte Liebe. Lustspiel von Krufe.
Hierauf: **Othello's Erfolg.**
Burleske von Lütner.
Sonntag, 22. November, abends 7 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.
Detektiv-Komödie von Bozenhard.

Neues Stadt-Theater Kassen-Telephon
Nr. 298.
Freitag, 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnem. 48. Freitag-Abonn. 8
Margarethe (Faust).
Oper von Gounod.
Sonabend 7 1/2 Uhr. Große Preise!
Voll-Abonnem. 49. Sonnabend-Abonn. 8
Der Waffenschmied.
Oper von Götting.
Die verehrlichen Abonnenten werden höf.
ersucht, die zweite Abonnementsrate von
Freitag, den 20., bis inkl. Sonntag, den
22. November, gegen Empfangnahme der
Abonnementskarten in der Theaterkassier.
Eingang Fischergrube, von 10-1 u. von 5-7
Uhr einzuzahlen.



TEE

neuester Ernte → eigener Einfuhr
lose und in Paketen.

Gute bis hochfeine Mischungen
1.20, 1.50, 2.—, 3.—, 4.— u. 5.— Mk. das Pfund.

Ceylon-Tee

1.20, 1.80 u. 2.— Mk. das Pfund.

Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.

Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.
Über 1000 Filialen.

Preussische Naturalisationspraxis.

Die segensreiche Tätigkeit unserer Polizei erschöpft sich nicht darin, für die Aufrechterhaltung der heiligen Ordnung zu sorgen, sie hat auch darauf zu achten, daß nicht etwa ein Ausländer, vorausgesetzt, daß dieser Ausländer zugleich Arbeiter ist, durch Naturalisation in den Genuß der vollen preussischen Freiheit gelangt. Nur gelegentlich, wenn es den politischen Interessen der Herrschenden entspricht, nimmt man es mit der Naturalisation auch in Preußen weniger rigoros, wie die Gegenüberstellung der nachfolgenden beiden Fälle beweist.

Der Schuhmacher Johann Wagner, Österreicher, wohnt seit 1902 ständig in Deutschland. Er hat regelmäßig seine Steuern bezahlt und ist mit den Behörden nie in Konflikt geraten. Er gedachte sich einen Haushalt zu gründen und sich eventuell selbstständig zu machen. Um aber nicht der Willkür irgend welcher gegen Ausländer gerichteter Maßnahmen zum Opfer zu fallen, wollte er sich zunächst naturalisieren lassen. Er reichte also am 10. Juni bei dem Amtsvorsteher in Zehlendorf ein dahin gehendes Gesuch ein. Nicht lange danach bekam er eine Vorladung zur Polizei. Hier wurde er eingehend über seinen Vermögensstand vernommen. Ferner wurde ihm die eigenartige Frage vorgelegt, ob er einen Orden habe.

Seine Sache ging nun den vorgeschriebenen Weg. Er hoffte auf einen günstigen Bescheid, umso mehr, als er sich um Politik nie gekümmert hatte. Bald sollte er aber etwas erfahren, das ihm einen Begriff davon beibrachte, wie solche Dinge in Preußen erledigt werden. Er traf eines Tages einen früheren Logiswirt, bei dem er vier Jahre gewohnt hatte, und dieser, errentet ihn zu sehen, fragte ihn, ob es denn mit seiner Gesundheit wieder besser gehe. Auf die erstaunte Antwort, daß es ihm immer gut gegangen sei, erzählt der Wirt, daß eines Tages ein Arbeiter bei ihm gewesen sei, der sich im Auftrage des sozialdemokratischen Wahlvereins sehr eingehend danach erkundigt habe, ob W. sich in letzter Zeit noch so rege an politischen Versammlungen beteiligt habe wie früher. W. läge in einer Lungenheilanstalt, sagte er, und sei um Unterstützung eingekommen. W. glaubte erst, daß dies ein Irrtum sei, ging jedoch, um sich dies Rätsel zu lösen, zu einer früheren Wirtin, um zu hören, ob dort auch vielleicht jemand gewesen sei. Sie kam ihm schon mit der Frage entgegen, ob er denn den Posten bekommen habe. Bei ihr sei ein Arbeiter gewesen, der sich genau erkundigt habe, ob Wagner auch früher immer so gewissenhaft seine Verbandsbeiträge gezahlt habe, wie jetzt. Wagner sei jetzt naturalisiert und habe sich um einen Vertrauensposten in der sozialdemokratischen Partei beworben. Die Partei müsse aber wissen, ob er auch gewissenhaft sei.

Wagner ging ein Licht auf, und bald sollte ihm der Sinn dieser Fragestellungen völlig klar werden. Bei dem Schuhmachermeister Gerike in Zehlendorf, dem Arbeitgeber W.s, erschien nämlich eines Tages ein Polizeibeamter, sich nach W. zu erkundigen. Er erwähnte dabei, daß aus dessen Naturalisations nichts würde. W. sei von Berlin als Koter überwiesen, „und“, setzte er hinzu, „Kote haben wir hier schon genug.“ Am 7. September bekam W. dann auch — „mangelnden Interesses wegen“ — ablehnen den Bescheid.

Doch, man kann in Preußen auch anders! Im Jahre 1906 wohnte der Bruder W.s, ein Landarbeiter, auf dem Gut Schön-Herrnhäusen bei Posen. Als nun der Reichstag aufgelöst war, trat eines Tages der

Inspektor zu W. und sagte, er möge sich naturalisieren lassen. Er brauche sich nur zu verpflichten, für eine regierungsfreundliche Partei zu stimmen.

Aber der Undankbare, der erst ein halbes Jahr in Deutschlands gastlichen Gefilden wohnte, mußte es sonderbarer Weise nicht zu würdigen, was es heißt, einem Lande anzugehören, das „in der Welt vorangeht.“ Er blieb Österreicher und schüttelte den Staub Preußens von seinen Pantoffeln.

Soziales und Parteileben.

Die Not der Zeit. Die Dienstag vorgenommene Arbeitslosenzählung in Berlin und Vororten ergab 89 716 männliche und 1752 weibliche, zusammen 41 468 Arbeitslose. Die Arbeitslosenzählung wurde nach einem sehr mangelhaften Verfahren vorgenommen und kann bei weitem nicht das volle Ergebnis der Arbeitslosigkeit aufzeigen.

Arbeitslosigkeit im Stutkatengewerbe. Der „Stuttatur“ bringt in seiner letzten Nummer eine Abhandlung über die Arbeitslosigkeit bei den Mitgliedern des Stutkatengewerbandes. Danach ist die Arbeitslosigkeit selbst in der glänzendsten Wirtschaftsjunktur sehr groß gewesen. Die Arbeitslosenstatistik ergibt für die letzten fünf Jahre folgendes Bild. Es wurden gezählt:

1904	214 800	Arbeitslosentage
1905	285 400	"
1906	303 900	"
1907	407 500	"

Ein zutreffendes Bild über die Arbeitslosigkeit und deren Steigerung zeigen diese Zahlen:

Jahr	Arbeitslosentage	Arbeitslose waren das ganze Jahr (304 Tage)	Vollständige Mitglieder	Ständig arbeitslos waren von 100
1904	186 775	614	5116	12
1905	277 445	912	6890	13
1906	214 913	1086	7665	14
1907	432 068	2346	7762	30
1908 (I. Halbjahr)	355 000	2346	7762	30

Also über ein Drittel Verbandmitglieder war im letzten Halbjahr arbeitslos. In den übrigen Bauberufen ist die Arbeitslosigkeit nicht minder groß.

Verjagung heimischer durch ausländische Arbeiter. Im Kreise Senzburg in Ostpreußen liegen die Ortschaften Kamiaken und Kobulken. Hier sind in diesem Jahre Steinlager aufgedeckt, um Material zum Oberbau für die neue Bahnstrecke Ortelsburg-Bischofsburg zu gewinnen. Auch zum Neubau von Chaußen wird später viel Material gebraucht werden, darum suchten die Unternehmer mehrere hundert Arbeiter, die hier auf einige Jahre Beschäftigung finden sollten. Aber die Gegend liegt im Reiche der Junker Bieberstein und Mirbach, auf deren Güter sehr niedrige Löhne gezahlt werden. Es ist wohl infolge dieses Umstandes erwirkt, daß in den Steinlagern keine heimischen Arbeiter angenommen wurden. Auch solche Leute, die mit den Gütern der Junker gar nichts zu tun hatten, wurden von der Bauverwaltung abgewiesen. Leute, die in eigenen Häusern wohnen und nur gelegentlich Gutsarbeit annehmen, ging es nicht besser. Die Verbitterung unter den Arbeitern war natürlich groß, zumal die Schachmeister ganz offen erklärten, daß sie keine Leute aus den Kreisen Ortelsburg und Bischofsburg berücksichtigen könnten. In den Steinbrüchen gibt es 30 bis 32 Pf. Lohn pro Stunde. Die heimischen Arbeiter müssen nun zusehen, wie ausländische Arbeiter, zumeist aus dem benachbarten Polen, einen guten Verdienst haben, während sie selbst bei Hungerlöhnen auch noch verpflichtet sind, den ewig leeren preussischen Steuersäckel zu füllen.

Den „sozialdemokratischen Belagerungsstaat“ sollen unsere Genossen in Holzweilig nach Ansicht des Staatsanwalts gelegentlich eines Boykotts gegen einen Saal-inhaber verhängt haben. So hieß es am 14. November in der Strafkammer Sitzung zu Halle, vor der 16 Genossen von Holzweilig bei Wittenfeld wegen sogenannten groben Unfugs angeklagt waren. Unsere Genossen gaben ganz offen zu, ihre Freunde und Bekannten auf der Straße aufgefordert zu haben, bestimmte Lokale, die nur nicht zu Versammlungen zur Verfügung stehen, nicht zu besuchen, da das Oberlandesgericht früher den Boykott als einen durchaus berechtigten Klassenkampf bezeichnet hat. Der Staatsanwalt sprach die Worte vom Belagerungsstaat und von einer „groben Ausschreitung, die nur mit je einer Woche Haft gelöhnt werden könne.“ Das Gericht verhängte gegen 10 Genossen insgesamt 300 Mk. Geldstrafe und sprach 6 Genossen frei.

Sympathieumgebung der sozialistischen Kammerfraktion Frankreichs an die deutschen Bergleute. Genosse Dejeante teilt im Auftrage der sozialistischen Gruppe der französischen Deputiertenkammer dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit, daß die französische sozialistische Kammerfraktion in ihrer Sitzung vom 13. November — auf das tiefste betroffen durch das Unglück, welches so grauam zahlreiche Familien westfälischer Bergleute traf — dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei alle ihre Sympathien übermittelt nebst dem Ausdruck des Beileides für die Familien der durch schlagende Wetter getöteten deutschen Genossen mit dem Wunsche, diese Kundgebung den Bergarbeiterverbänden bekannt zu geben.

Wir marschieren. Alljährlich in der zweiten Hälfte des November haben in Neuz J. L. die Ergänzungswahlen zu den Gemeinderäten zu erfolgen. Bei den bisher erfolgten Wahlen hat unsere Partei recht gut abgeschnitten. In Untermyhausen haben wir ein Mandat behauptet, und eins erobert; in Zwätzen wurden unsere acht Kandidaten gewählt ohne daß die bürgerlichen Parteien eine Gegenliste aufgestellt hätten; in Langenberg siegte ebenfalls unsere Liste. In Untermyhausen und Langenberg hatten wir einen erheblichen Stimmenzuwachs.

Vom Fortschritt der Presse. Unser Nürnberg-Fürthener Parteiblatt, die „Fränkische Tagespost“, hat seit der Umgestaltung und dem seit 1. Oktober erfolgten Umzug in das neue Heim einen erfreulichen Aufschwung genommen. Während sie das gegenwärtige Jahr mit einer Auflage von 20 000 begann, ist diese jetzt auf über 30 000 angewachsen, einschließlich der „Fürther Bürgerzeitung“, die am 1. Oktober mit der „Fränkischen Tagespost“ verschmolzen wurde. Die letzte Sonnabendnummer ist als Festnummer erschienen zur Feier des Einzugs in die neuen Räume und zugleich als Propagandanummer zur Gewinnung neuer Abonnenten. Sie ist, außer der ordentlichen Auflage, in 100 000 Exemplaren gedruckt worden, die am Sonntag von Haus zu Haus verbreitet werden. Für die Verbreitungsarbeit haben sich 3000 Parteigenossen zur Verfügung gestellt. Die Festnummer ist 48 Seiten stark und enthält eine eingehende, mit zahlreichen Illustrationen ausgestattete Beschreibung des neuen Hauses, der verschiedenen Räumlichkeiten und der Entstehung einer modernen Zeitung. In einem Artikel wird geschildert, wie das Nürnberger Parteiblatt im Oktober 1871 aus winzigen Anfängen entstand und sich mühsam und unter ungeheuren Schwierigkeiten zu dem einflussreichen und angesehenen Organ entwickelte, das es jetzt ist. Es ist ein interessantes Stück Parteigeschichte, das da geboten wird. Die Festnummer soll ferner zugleich der Gemeindevahlbewegung dienen, in der eben unsere Nürnberger Genossen stehen und die ihnen endlich nach einem 30jährigen Kriege die Pforten des Rathauses öffnen soll. 12 Seiten der Nummer sind einem der Erörterung allgemeiner kommunalpolitischer Fragen gewidmet sowie der Darstellung der kommunalen Verhältnisse in einer Reihe von deutschen Städten, in denen die Sozialdemokratie Einfluß hat. Wer sich für Gemeindepolitik interessiert, der findet in dieser Nummer eine Fülle des wichtigsten Materials. Mit dem Einzug ins neue Haus

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von H. Kaulbach.

(19. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Eine furchtbare Aufregung bemächtigte sich Elisabeths. Welch eine Entdeckung! Welch eine Brücke aus der dunklen Vergangenheit in die Gegenwart herüber! Sie verstand es wohl, was das Telegramm sagen wollte, wenn sie es mit dem zusammenhielt, was Fluth ihr geschrieben hatte: der Vater Richards, der alte Bruns, war ermordet worden in der Stille der Nacht, im wohlverschlossenen Zimmer. Niemand hatte sich erklären können, wie es möglich gewesen war; jetzt aber, wenn Fluths Annahme vom Vorhandensein einer geheimen Tür richtig war, kannten sie und ihr Helfer den Weg und den Täter — ihn selbst! Nicht anders war das Telegramm zu verstehen; Henzen hatte das Hintergebäude bewohnt, aus seiner Wohnung war aller Wahrscheinlichkeit nach der Mörder eingedrungen ins Vorderhaus, er selbst war der Verbrecher! Der Täter, oder doch ein Mitthäter bei der Tat, die ohne sein Wissen kaum hätte verübt werden können. Aber was hatte ihn getrieben zu so furchtbarem Beginnen? Welche Verbindung hatte zwischen ihm und dem Ermordeten bestanden? Es war kein Raubmord gewesen, auch das wußte Elisabeth aus den Mitteilungen Fluths; wo lag also das Motiv zu dem schrecklichen, unaufgeklärten Verbrechen? Mitten in diesen Erwägungen ergriß sie plötzlich ein neues Gefühl. Ein tiefes, herzzerreißendes Mitleid packte sie, indem sie Metas gedachte und der furchtbaren Prüfling, die ihr bevorstand. Wenn der alte Henzen wirklich mit dem Morde im Zusammenhang stand! Und sie — sie selbst — Elisabeth, — sollte sie dazu beitragen, dies entsetzliche Geheimnis zu enthüllen, vielleicht eine Schuld des Vaters aufdecken, unter der die Tochter zusammenbrechen mußte? Sollte sie das tun, während Meta mit ihr vereint bemüht war, die Unschuld des Mannes zu beweisen, den sie liebte? Aber mußte Henzen denn wirklich schuldig sein? Das Mitgefühl für Meta erweckte zuerst diesen Zweifel in ihr und zugleich das brennende Verlangen, den Mann und das Mädchen zu sehen, mit denen sich ihre Gedanken unablässig beschäftigten. Mit raschem Entschluß machte sich Elisabeth zum Ausgehen bereit; ihr Vater kam fürs erste nicht heim, sie hatte zwei Stunden zu ihrer freien Verfügung.

Sie ging zu Fuß, in düstlichen Zügen die frische Luft einatmend. Am Eingange des Hauses machte sie einen

Augenblick Halt, schaute an dem Gebäude empor und seufzte tief auf. Was mochte ihr die nächste Stunde bringen?

Nun hatte sie sich gefaßt undstieg sicheren Schrittes die Treppe zu Henzens Maniarde empor. Meta öffnete ihr, und beim Anblick des Mädchens, in dessen Gesicht bei ihrem Erscheinen ein Ausdruck herzlichster Freude aufleuchtete, sagte das gewaltige Mitleid sie von neuem. Elisabeth vermochte vor Bewegung nicht zu sprechen; sie reichte Meta nur stumm die Hand und folgte ihr schweigend ins Zimmer.

„Bringen Sie mir etwas Neues?“ fragte Meta, nachdem sie sich gesetzt hatten.

Elisabeth schüttelte den Kopf; sie fühlte, daß sie die Wahrheit hatte, zunächst noch zu verschweigen, was sie wußte. „Nein, — nichts Neues“, gab sie mit unsicherer Stimme zur Antwort, um etwas fester nun ihrerseits die Frage hinzuzufügen: „Wie geht es Ihrem Vater?“

Meta machte eine Bewegung, die nichts Gutes andeutete. „Er ist krank, — Sie wissen ja, — er liegt nun schon mehrere Wochen. Ein zehrendes Fieber, — die Kräfte nehmen so furchtbar ab; der Arzt weiß auch nicht, was er dazu sagen soll; er empfiehlt immer nur Ruhe, größte Ruhe, aber wenn Vater das hört, dann lächelt er so eigentümlich.“

Elisabeth nickte stumm vor sich hin; wenn in Wahrheit ein Verbrechen auf der Seele dieses Mannes lastete, dann mußte es ihm freilich wie Hohn erscheinen, daß der Arzt ihm Ruhe empfahl. Während sie noch überlegte, was sie antworten sollte, begann Meta plötzlich von neuem:

„Seine Leiden haben einen tieferen Grund, Fräulein Seydel“, sagte sie leise, mit erregtem Ton, und erschraf zugleich, daß sie nun doch verriet, was sie so sorgsam geheim gehalten hatte bis jetzt. Sie konnte nicht wider ihre Natur. Was sie innerlich bewegte, mußte sie mitteilen; sie ertrug es nicht lange, irgend eine ihrer starken Empfindungen in ihrem Busen zu verschließen, — ganz im Gegensatz zu Elisabeth Seydel, die nicht leicht den Inhalt ihres Innern preisgab und jetzt noch doppelt sorgsam überlegte, was sie sagen durfte.

„Was für einen Grund?“ fragte sie halb laut. Mit einem widerbar gemischten Gefühl von Hoffnung, Mitleid und Angst erwartete sie die Antwort.

Meta war bleich geworden; den Blick gesenkt, die Hände kampfhast ineinander verschlungen, lag sie da,

einen Ausdruck von Qual im Gesicht. Erst nach tiefem Schweigen zwang sie sich zu reden. „Ich glaube, daß eine Schuld auf der Seele meines Vaters lastet“, sagte sie mit Überwindung.

„Was für eine Schuld?“

Elisabeth hatte die Frage fast wider Willen hervorgetrieben. Wie gern hätte sie dieses Mädchen geschont, das sie schätzte und achtete, aber der Drang, endlich Licht in all die dunkleren Geheimnisse zu bringen, war stärker, als ihr Mitleid.

„Das weiß ich nicht“, antwortete Meta langsam. „Es ist nur eine Vermutung. Mein Vater hat die Gewohnheit, im Schlafe zu sprechen, und das hat jetzt in seiner Krankheit noch zugenommen. Da führt er oft wunderliche Reden, als wenn er verfolgt würde, oder als wenn, — warum sehen Sie mich so an?“

„Wieso? Was meinen Sie?“

„Ihre Augen! So haben Sie mich noch niemals angesehen, Fräulein Seydel!“

Elisabeth legte die Hand vor ihr Gesicht; sie fühlte, daß der furchtbare Verdacht, der in ihrer Seele schlummerte, aus ihren Augen gesprochen haben mußte. „Sie irren sich“, sagte sie verlegen. „Kümmern Sie sich nicht um mich. Sagen Sie mir alles, was Sie wissen.“

„Ich habe schon alles gesagt“, entgegnete Meta kurz. Ohne zu sprechen, lagen die beiden Mädchen einander gegenüber. Endlich legte Elisabeth ihre Hand auf die der anderen. „Liebe Meta“, sagte sie bittend, „Sie haben mir doch versprochen, alles zu tun, um mit mir vereint meinen Verlobten zu retten. Sind Sie noch gesonnen, dieses Versprechen zu halten?“

„Das bin ich.“

„Um jeden Preis?“

Meta zögerte einen Augenblick, dann aber hob sie den Kopf und sah Elisabeth fest in die Augen.

„Um jeden Preis“, antwortete sie fest entschlossen. „Nun denn, — ist es möglich, daß ich Ihren Vater sehe und spreche? Meta schien die Bedeutung dieser Frage zu fassen; sie stand langsam auf und sagte sehr ernst: „Ich will hineingehen und sehen, ob es möglich ist.“

Während sie noch einen Moment zögernd dastand, erhob sich Elisabeth und trat nahe zu ihr heran. „Nicht wahr, Meta“, fragte sie leise, „Sie und Ihr Vater wohnen früher in Leipzig?“

„Woher wissen Sie das!“

Ist das Nürnbergger Parteiuunternehmen um einige Geschäftszweige bereichert worden. Nicht nur, daß die Druckerei bedeutend erweitert und u. a. für Autotypie- und Farbendruck eingerichtet wurde, sondern es wurde auch eine Buchbinderei mit Verforieranstalt und eine große Sortimentsbuchhandlung errichtet.

Aus dem Gerichtssaal.

Spiionageprozeß. Das Reichsgericht verurteilte im Prozeß Wöhrling und Genossen den Angeklagten Wöhrling wegen versuchten Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Mitangeklagte Kohmer wurde wegen Beihilfe und einfacher Fehleri zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Frau Wöhrling ist freigesprochen worden.

Aus Nah und Fern.

Zusammenstoß zweier Stadtbahnzüge. Infolge vorzeitigen Blocksignals stießen auf der Jannowbrücke in Berlin zwei Stadtbahnzüge zusammen. Hierbei entgleisten vier Wagen. Sieben Personen wurden leicht verletzt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

In dem auffeuerregenden Attentat im Reichsgericht wird noch berichtet: Der Kaufmann Großer gab bei einer Verhandlung zehn Schüsse auf den Gerichtshof ab und rief: „Ihr habt mir meine Ehre geraubt.“ Nachdem sich die erste Verwirrung gelegt hatte, nahm der Gerichtsdiener den Attentäter fest. Bei seiner Vernehmung bekundete er, das Attentat mit voller Überlegung ausgeführt zu haben; er machte den Eindruck eines vollständig verzweiferten Mannes. Großer führte seit 14 Jahren einen Prozeß gegen seine Geschwister in einer Erbangelegenheit und wurde in allen Instanzen abgewiesen.

Am Grabe der Opfer des Kadobor Grubenunglücks. Bei der Beerdigung der Opfer von Kadobor hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Sasse eine Ansprache, in der er ausführte, daß den Verunglückten von Kameraden und der ganzen Welt das innigste Mitleid gezollt worden sei. Alle Welt trauere um die Opfer, die hier in dem großen Massengrab liegen, und um die, die sich noch unten im Schachte befinden. Es sei eine furchtbare Katastrophe gewesen. Aber das „Wie“ und „Warum“ wolle er an dieser Stelle nicht sprechen. Wenn auch die Trauerveranstaltung die verschiedensten Glaubensrichtungen und Ansichten verkörpere, so sei man doch eins in dem Gedanken, daß hier ein strafbares Unglück geschehen sei. Die Hinterbliebenen sollten aber nicht verzweifeln, sondern hoffen, daß das Massengrab ein Menetekel sein möge für diejenigen, die es angehe, und daß es den Grundstein bilden möge für weitere, größerer Fürsorge, damit derartige Unglücksfälle seltener vorkommen. Die Hinterbliebenen müßten die Hoffnung nicht verlieren, sondern daran mitarbeiten, daß den überlebenden Kameraden nicht auch einmal ein derartiges Schicksal befallen könne.

Das Massengrab war mit schwarzem Tuch ausgefächelt und am Rande mit brennenden, in schwarzen Trauerflor gehüllten Grubenlichtern umsäumt.

Eine schwere Mordtat hat sich am letzten Sonntag der in Mergentheim dienende Unteroffizier Sauter zuschulden kommen lassen. Er verfolgte einen Arbeiter vom Bahnhof aus mit gezogenem Seitengewehr. Der Arbeiter flüchtete in eine Wirtschaft. Als er dann weiter heimging, wurde er von Sauter abermals angegriffen. Der zur Hilfe herbeieilende Arbeiter Hein erhielt von dem Unteroffizier Sauter mit dem Seitengewehr eine so schwere Kopfverletzung, daß Hein starb. — Nach der Konfrontation Sauters mit der Leiche Heins wurde Sauter beim Zurückbringen in die Kaserne von einer großen Menschenmenge tätlich angegriffen und blutig geschlagen.

Opfer der Schundliteratur. In Rheindt erhielt eine Rentnerin seit einiger Zeit Drohbriefe, wonach sie, falls sie nicht 500 Mk. an einer näher bezeichneten Stelle niederlegte, ermordet würde. Als der Erpresser das Geld holen wollte, wurde er von Polizisten verhaftet. Es ist ein 15jähriger Buchbinder, der angibt, durch

Vertilgung von Detektivromanen zu seiner Tat veranlaßt zu sein.

Durch giftige Gase getötet. In Duisburg wurden bei der Gesellschaft für Leerverwertung ein Werkmeister und ein Arbeiter durch giftige Gase getötet, die sich auf unaufgeklärte Weise im Abort gesammelt hatten.

Schwerer Automobilunfall. In der Nacht zu Dienstag verunglückte bei Hertlingshausen das Automobil des Dr. Nicolai aus Mönningen. Fräulein Haz aus Frankfurt a. M. wurde getötet, die übrigen Insassen, zwei Herren und eine Dame, wurden schwer verletzt.

Ein reicher Bettler. In Geldern wurde ein Bettler aufgegriffen, der sich durch besondere Zubringlichkeit auszeichnete. Man fand bei dem halbverhungerten Mann, der so elend war, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte, 16 000 Mark an barem Gelde und auf seinen Namen lautenden Sparkassenbüchern, die er sich im Laufe der Jahre zusammengebetzelt hatte.

Schwindleien eines Münchener Magistratsbeamten. In der bayerischen Hauptstadt hat der Geschäftsführer des Heiligen-Geist-Spitals von alten Bürgerleuten unter der Vorpiegelung, er könne sie in diesem Spital unterbringen, Beträge in Höhe von insgesamt 80 000 Mk. erschwindelt. Als sich eine auf diese Weise um 8000 Mk. geprellte und immer wieder verprügelte Frau an den Bürgermeister wandte, kam die Sache heraus. Der gesamte Schaden ist inzwischen von der Familie des Beamten gedeckt worden. Er selbst trieb in der letzten Zeit einen unnötigen Aufwand. So hatte er ein Automobil gemietet, Jagd und Fischereien gepachtet und in Bozen eine Villa gekauft, die er jeden Sonntag im Sommer mit einer großen Gesellschaft besuchte.

Eine gefährliche Fahrt hatte in den letzten Nächten der Durchgangsgüterzug Nr. 2744 Eger—Nürnberg zu bestehen. Ein auf einem sogenannten Transporteur verladenes großes Eisengerüst hatte sich während der Fahrt seitlich verschoben und zertrümmerte alles, was ihm in den Weg kam. So wurden in den Stationen Borra und Hohenstadt sämtliche Ein- und Ausfahrtsignale, sowie alle auf der ganzen Strecke befindlichen Steigungstafeln zertrümmert. Ferner wurde der zwischen Hohenstadt und Hersbruck befindliche eiserne Steg so stark beschädigt, daß der Zugverkehr zwischen genannten Stationen auf mehrere Stunden unterbrochen war. Wenn auch der Materialschaden ziemlich bedeutend ist, so kann man immer noch vom Glück sagen, daß kein Menschenleben dabei vernichtet wurde.

Opfer der Bergtragelei. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Bern wurden drei abgestürzte Waadtländer Touristen am Haut-de-Cry tot aufgefunden.

Drei Arbeiter wurden durch die Explosion einer Granate in der Pulvermühle St. Michel (Frankreich) getötet.

Ratten als Helfershelfer. Auf dem Güterbahnhof zu Cavillon konstatierte man seit längerer Zeit, daß die lagernden Sendungen von Ratten angegriffen wurden und daß dergleichen Güter immer ein Marko aufwiesen, das man sich nur dadurch erklären konnte, indem man den Ratten zuschrieb, die entwendeten Artikel verschleppt zu haben. Auf Beschwerde der Geschäftsleute wurde zwar ein Vernichtungskrieg gegen die Nager in Szene gesetzt, doch blieb schließlich alles beim alten. Nunmehr hat die Behörde endlich Recht in die Angelegenheit gebracht. Man ermittelte, daß ein Angestellter des Güterbahnhofes die Ratten züchtete, um dieselben auf die lagernden Sendungen loszulassen. Die angegriffenen Güter bestahl dann der Verhaftete systematisch, die Schuld immer auf die Ratten schleudend.

Gefährlicher Raubmörder. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Raubmörder Bulotti gestand im Verhör den Mord an dem Gutbesitzer Beel. Er erklärte, der Name Bulotti sei falsch, weigerte sich aber, seinen richtigen Namen anzugeben. Fleißige Ruffen erklären, Bulotti sei wegen Mordes und Raubes in Rußland zur Deportation nach Sibirien verurteilt worden, aber während der Fahrt nach Sibirien aus dem Zuge entsprungen und entkommen.

Auf tragische Weise starb der Präsekt des Departements Oran in Algerien, de Malherbe. Er wurde plötzlich von einem Unwohlsein befallen, das er für den Beginn einer Gehirnhemiplegie hielt. In einem medizinischen Buch, das er rasch zu Rate zog, las er, daß er sich durch eine Blutenzählung und zwar durch einen Einschnitt in der Ohrgegend erleichtern verschaffen könne. In der

Aufregung schnitt er jedoch so tief, daß er sich fast die Ohrmuschel abschnitt und, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte, einer Verblutung erlag.

Ein gefährlicher Diebstahl. Die ausländische Bank- und Wechselfirma Carmell u. Schlitt in Shaftsbury Avenue in London wurde am Sonntag nachmittag der Schaulager eines blutigen Kampfes. In der Wechselstube der Bank erschienen um die Mittagsstunde ein junger, gutgekleideter Mann und fragte den Angestellten, ob er ihm ausländisches Geld wechseln könne. Ehe der Beamte antworten konnte, griff der Fremde nach einigen in der Nähe liegenden Banknoten. Der Bankbeamte sprang über den Ladentisch und stürzte sich auf ihn. Ehe der Beamte die Arme des Räubers festhalten konnte, hatte dieser einen englischen Armeerevolver aus der Tasche gezogen und schoß. Der zu hoch gezielte Schuß schlug durch das Fenster in ein Haus auf der anderen Seite der Straße ein. Herr Julius Schlitt, ein Geschäftsinhaber, kam auf den Schuß hin aus seinem Privatbureau und eilte seinem Clerk zu Hilfe. In dem sich entzündenden Kampfe wurde Herr Schlitt durch einen Schuß am Kinn getroffen und erhielt außerdem Stichwunden in Brust und Rücken. Er stürzte bewußtlos zu Boden, während der Clerk um Hilfe rief. Der Angreifer versuchte nunmehr zu entkommen und lief dabei in der Tür einem zu Hilfe herbeieilenden Fuhrmann in die Arme. Diesem Fuhrmann verfehlte er einen Stich, der dessen linke Hand vollständig durchbohrte. Von einer Volksmenge verfolgt rannte er darauf mit hochgeschwungenem Messer die Straße hinunter. Ein Polizist versuchte ihn aufzuhalten, erhielt jedoch eine Stichwunde in den Arm. Schließlich sprang ein Droschkentreiber von seiner Drosche und stellte dem verfolgten Manne ein Bein. Der Attentäter fiel festig zu Boden und wurde nunmehr von seinen Verfolgern leicht überwältigt und entwisst. Herr Schlitt erlangte erst am Sonntag das Bewußtsein wieder und wurde sofort vernommen. Er erlag aber später seinen Wunden.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Administration Berlin W. Potsdamer Str. 121 h), die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben soeben das 28. Heft ihres 14. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: James Ramsay Mac Donald: Arbeitslosigkeit. — Max Schippel: Die Reichsteuervorlagen. — Jules Louis Breton: Neuer Wind in den Segeln der französischen Sozialdemokratie. — Dr. Georg Gradnauer: Wahlrechtstrot in Sachsen. — Julius Bruns: Die heftigen Landtagswahlen. — Sigfrid Stewer: Schatten. — Paul Bröder: Die Arbeiterwohnung in der Mietskasernen. — Wirtschaft von R. Calmer. — Politik von M. Schippel. — Sozialpolitik von R. Schmidt. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Philosophie von Prof. J. Staudinger. — Kunstgewerbe von Jos. Aug. Lux. — Buchbesprechung von Dr. Leo Aron.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal 3 Mk. (6-7 Hefte). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, in den Kiosken, bei allen Kolporteurs, sowie direkt vom Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Potsdamer Str. 121 h, Berlin W. 35 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kiste). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Von der „Kommunale Praxis“ liegen uns die Hefte 44 und 45 vor. Aus dem reichhaltigen Inhalt derselben heben wir folgende längeren Artikel besonders hervor: Der Achtstundentag in den Gemeinden, betrieben von Emil Dittmer. — Die Dorfplanungen von Edmund Fischer. — Auf zum Protest wider die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer. — Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. — In vielen kleineren Artikeln werden Angelegenheiten behandelt, welche die in der Gemeinde tätigen Genossen lebhaft interessieren. Der Preis beträgt pro Quartal 3 Mk.

Wer die „Kommunale Praxis“ noch nicht kennt, verlange kostenfrei Zusendung einer Probenummer vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.

Durch Unglücksfall nach mein lieber Sohn unter guter Bruder und Schwager

Heinrich Schlatow

im 27. Lebensjahre. Tief betrauert und schmerzlichst vermissen von den Seinen.

Elisabeth Spötter geb. Schlattow.

Gundestraße 43.

Beerdigung Sonnabend, 21. November, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Kapelle des Borwerker Friedhofes.

Deutscher Metallarbeiterverband

Betriebsstelle Lübeck.

Am 17. ds. Mts. nach Unglücksfall unser Mitglied, der Arbeiter

Heinrich Schlatow

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr vom Borwerker Friedhof aus statt.

Antreten der Kollegen zur Teilnahme an der Beerdigung um 2 Uhr im Vereinshaus.

Die Ortsverwaltung.

Für die erwünschte Teilnahme und reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, insbesondere dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, sage ich meinen tiefgefühlten Dank.

Frau F. Bentzen Ww.

Zum 1. Jan. eine schöne, helle 2-Zimmer-Wohnung ohne Küche an einzelne Person. St. Annenstr. 18, par.

4 kleine Zugänger hat zu verkaufen H. Lange, Mori.

Ein freundliches Zimmer

zu vermieten.

Kleine Burgstraße 29.

Beerdigungs-Geschäft C. Thiessen & Sohn

Wahnstraße 79. Fernruf 1143.

Übernahme sämtlicher Besorgungen. Ueberführungen nach und von auswärts, auch Feuerbestattungen.

Pst!

Versuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse die Margarine-Marken

„Siegerin“ und „Mohra“

Sie finden keinen Unterschied gegen beste, u. teure Meiereibutter u. fahren billiger dabei!

Aleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Hochzeit danken herzlich.

Johs. Meier und Frau, geb. Baade.

Verband der Hafenarbeiter

u. verw. Berufsgen. Deutschlands.

Mitgliedschaft Lübeck.

Nachruf.

Am Sonntag, den 16. November, starb durch Unglücksfall unser Mitglied der

Lastdiener H. Pingel.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gentner Friedhof statt.

Sammelpunkt der Kollegen um 1 Uhr im „Vereinshaus“.

Zu kaufen gesucht 1 Kübel zum Fletsch einsalzen.

Möller, 1. Ochsentoppel 7.

Sonnabend und Sonntag steht in **Geertz Hotel**, Schwartzau, eine große Partie Lütjenburg, Ferkel. Dieselben werden mit Garantie für alle Fehler verkauft.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 Otto Albers 10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. a.:

Leberhosen 2,20—6,45
Kamelhosen 2,60—6,75
Schlofferhosen 1,88—5,25
Ueberziehhosen 1,08—2,35
Hirn-Hosen 1,68—3,25

Leinene Jacken, Stränge und gerade, 1,88
Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Kaler-Mantel erpantlich billig.

Mützen von 80 Pfg. bis 1,88 Mk.

Note Lubbeckmarken.

Gruppenbild der soz. Reichstagsfraktion

à Exemplar 40 Pfg.

Buchhandlung u. Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Des Teufels Saat. Von Gerda Meyerson. Aus dem Schwedischen übersetzt von J. Singer.

alten tauben Karim: das war auch nicht sehr lustig. Unabweislicher Bitterkeit strebete sie heute die kleine an, welche sich dem eine Tasse Kaffee, von der Stina auch...

Ein schneidender Nordwind wehte und der Schnee lag in hohen Haufen in den ungeschulften Straßen, als die Zeitungsausleger mit ihren Gebortschalen aus der Ecke...

„Ja, Sie sehen ja wirklich ganz glücklich aus,“ erwiderte die freundliche Diakonin. Aber auch ich hab' eine angenehme Neuigkeit für Sie. Der Verein, von dem ich ein Paar Schätze bekomme. Nun, was sagen Sie dazu?...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

„Gut,“ erwiderte sie. „Ich hab' gar nichts gehört.“ Frau Bengtson fuhr eilig mit ihrer Schürze über einen Stuhl und sah zu der Diakonin hin. „Nein, wie schön, daß Sie gerade heute kommen, Schweser! Ich hab' Ihnen etwas zu Angenehmes zu erzählen. Ich hab' mich schon danach gefehlt, es Ihnen zu erzählen.“...

Verantwortlicher Redakteur: Johannnes Stelling. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

